

Antrag

der Abgeordneten Karsten Hilse, Marc Bernhard, Steffen Kotré, Dr. Rainer Kraft, Carolin Bachmann, Dr. Christina Baum, Marcus Bühl, Thomas Dietz, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Kay Gottschalk, Dr. Michael Kaufmann, Edgar Naujok, Tobias Matthias Peterka, Jan Wenzel Schmidt, Dr. Dirk Spaniel und der Fraktion der AfD

Urlaubsgebiete schützen – Energieversorgung sichern

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. Es ist im Interesse der Bundesrepublik Deutschland beim Bezug strategisch wichtiger Rohstoffe, hier vor allem Energieträger, alle Möglichkeiten zu berücksichtigen, auch aus Ländern, wie etwa Russland, ohne dabei Angriffskriege zu unterstützen und/oder völkerrechtsverletzende Ansprüche zu rechtfertigen. Konzentrationen entlang der Lieferketten für Energieträger, gleichgültig in welche Richtung, schaffen Abhängigkeit und Verwundbarkeit, das Risiko politischer Erpressbarkeit steigt.
 2. Für die Versorgung Deutschlands mit Energieträgern ist es von entscheidender Bedeutung, wenn deren Bezugsquellen und Transitrouten zu bzw. über Staaten verlaufen, die keine Bedrohung für Deutschland und seine Verbündeten darstellen; wenn deren Exploration und Gewinnung mit vertrauenswürdigen Partnern im Ausland erfolgt; wenn deren systematische Bevorratung z. B. in Form einer 90-Tage-Reserve sichergestellt wird; und wenn Deutschland für deren Bereitstellung mittel- bis langfristig höhere Eigenständigkeit und Autarkie erlangt, wie teilweise in der Bundestagsdrucksache 19/29214 bereits behandelt.
 3. Windenergie und Photovoltaik stellen, entgegen den Aussagen der Bundesregierung, hierbei keine Option dar, da sie vor allem bei der Versorgungssicherheit (Volatilität) und Unabhängigkeit (hohe notwendige Bezugsmengen strategischer Metalle aus China), aber auch größtenteils ökonomisch substantielle Defizite wie Verlagerung der Kosten auf Netzentgelte aufweisen.
 4. Deutschland muss daher nicht nur vielfältigere Bezugswege für Energieträger erschließen, sondern auch eigene vorhandene Ressourcen verstärkt nutzen, insbesondere die heimischen Braunkohle- aber auch Erdgasvorkommen sind grundsätzlich verfügbar.
 5. Die Verlängerung der Laufzeiten der noch betreibbaren Kernkraftwerke ist bei sehr schnellem Handeln – die Betreiber benötigen hierfür sofort entsprechende Bekundungen und verbindliche Zusicherungen – auch technisch möglich und

würde den Erdgasverbrauch, insbesondere durch Substitution von Gaskraftwerkskapazitäten, deutlich senken.

6. Langfristig sind moderne Schnellspalt-Kernreaktoren, insbesondere mit flüssigem Brennstoff, hervorragend geeignet, um die oben genannten Kriterien zu erfüllen und dabei zusätzlich durch niedrige Gestehungskosten¹ den Wohlstand zu steigern sowie die Umwelt zu entlasten. Sie können insbesondere andere Primärenergieträger ersetzen, da mit ihrer Prozesswärme synthetische Kraft- und Hilfsstoffe wie Ammoniak oder Wasserstoff wirtschaftlich herstellbar sind.
7. Das geplante LNG-Terminal im Hafen von Mukran/Sassnitz hat das Potential, die Insel Rügen als Ferienziel zu beschädigen² und bei der in wesentlichen Teilen vom Tourismus abhängigen Bevölkerung Umsatz- und damit Wohlstandsverluste zu verursachen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. mit Blick auf die Energierohstoffversorgung auf stabile und vielfältige Außenbeziehungen bestmöglich hinzuwirken und zwecks Erweiterung des Energieangebotes durch die Erschließung mehrerer Bezugsquellen und Transitrouten stets eine zuverlässige Versorgung mit kostengünstigen Energieträgern sicherzustellen;
2. soweit technisch möglich und, mit Blick auf die mittelfristige Preiserwartung, vom Aufwand verhältnismäßig, eine erschöpfende Nutzung heimischer Kohle- und Erdgasvorkommen schnellstmöglich bestmöglich zu beleben;
3. den sogenannten Kohleausstieg, soweit möglich, sofort zu beenden und den Weiterbetrieb der vorhandenen Kohlekraftwerke mit Fokus auf die verstärkte Nutzung heimischer Braunkohlevorkommen zu unterstützen;
4. zur Sicherung der Elektrizitätsversorgung durch regelbare Großkraftwerke auf die Landesregierungen einzuwirken, eine provisorische Laufzeitverlängerung für noch betriebsbereite Kernkraftwerke zu erteilen;
5. sofort eindeutige und verbindliche Signale an die Kohle- und Kernkraftwerksbetreiber mit der Botschaft zu senden, um darauf hinzuwirken, dass die Kraftwerke bis zu ihrem technisch sinnvollen Lebensende uneingeschränkt betrieben werden dürfen, um so frühzeitig insbesondere die Kernbrennstoff- und, soweit notwendig, Personalbeschaffung sowie die Erschließung von Braunkohlevorkommen einzuleiten;
6. bei der Kernbrennstoffbeschaffung alle Möglichkeiten auszuschöpfen und Hilfestellungen anzubieten, um möglichst frühzeitig frische Brennelemente für die noch betreibbaren Reaktoren zu erhalten;
7. sofort eine Änderung für das Atomgesetz (AtG) und, soweit zutreffend, für damit verbundene Vorschriften und Regelungen vorzulegen, welche die Laufzeit- und Strommengenbegrenzung für Kernkraftwerke und das Neuzulassungsverbot solcher Anlagen für die gewerbliche Erzeugung von Elektrizität aufhebt (insbesondere, aber nicht ausschließlich §§ 1, 7 AtG);
8. mit Russland über die Wiederaufnahme/Fortführung von Gaslieferungen zu verhandeln sowie ergänzend die Gaslieferungen aus dem östlichen Mittelmeer (Israel/Ägypten/Griechenland) auszuweiten, z. B. über die geplante EastMed-Pipeline;

¹ z. B. www.terrestrialenergy.com/technology/advantage/

² www.stern.de/gesellschaft/regional/mecklenburg-vorpommern/lng-terminal-mukran--binzer-buergermeister-gegen-industrialisierung-ruegens-33514322.html

9. mit Blick auf eine langfristig angelegte Strategie zu einer sicheren und effizienten Versorgung mit allen notwendigen Energieträgern – z. B. mit synthetischen Kraftstoffen wie Ammoniak – eine Änderung für das Atomgesetz (AtG) vorzulegen, mit der Absicht, die friedliche Nutzung der Kernenergie und die Entsorgung nuklearer Rückstände unter Nutzung von Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren zu ermöglichen (insbesondere §§ 1, 7 und 9 AtG);
10. auf die Errichtung eines LNG-Terminals im Hafen von Mukran/Sassnitz zu verzichten und noch einmal ergebnisoffen zu prüfen, wie Flüssiggas aus Übersee an den Pipeline-Übergabepunkt Lubmin angelandet werden kann, wobei im Besonderen auch die möglichen Umsatz- und Wohlstandsverluste des Ferienstandorts Rügen zu berücksichtigen sind.

Berlin, den 4. Juli 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Der Fährhafen Mukran/Sassnitz wird als Standort für die Anlandung von LNG angesehen, wobei die Sichtbarkeit und der Betrieb der entsprechenden Infrastruktur bzw. der LNG-Tanker sehr beeinträchtigend auf touristische Aktivitäten, insbesondere auf der Insel Rügen, sein dürften. Die Bundesregierung führt zwar die Notwendigkeit von Lieferkapazitäten ab dem Jahr 2024 insbesondere wegen auslaufender Transitverträge³ an, versäumt jedoch in sträflicher Weise, die schwerwiegenden Fehler – auch eigener – der Energiepolitik, hier insbesondere die sogenannte Energiewende, zu korrigieren, um so die Gasnachfrage effizient zu senken. Dies einbeziehend würde eine ergebnisoffene Prüfung der notwendigen LNG-Kapazitäten ermöglichen, was aber offensichtlich von der Bundesregierung ignoriert wird.

Durch den völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine werden Energierohstofflieferungen aus Russland boykottiert. Entsprechende Betrachtungen müssen aber auch für andere Länder vorgenommen werden. So erhebt China territoriale Ansprüche, z. B. in Bezug auf Taiwan, liefert erhebliche Anteile strategischer Rohstoffe an Deutschland. Die Türkei, unter anderem in Syrien intervenierend, besitzt wichtige Erdgasdurchleitungskapazitäten nach Europa. Generell ist es dringend geboten, die Versorgung mit wichtigen Rohstoffen auf eine breite und vielfältige Basis zu stellen, um eine sichere und ökonomische Energieversorgung zu gewährleisten. Hierbei spielen, neben Kohle und Kernenergie, die Energieträger Erdgas und Erdöl eine wesentliche Rolle.

Entgegen weitläufig bekannter Äußerungen der Bundesregierung oder der Regierungskoalition führt eine Zunahme von sogenannten erneuerbaren Energien gerade nicht zu einer Unabhängigkeit von Rohstofflieferungen aus autoritären Staaten bzw. Diktaturen, sondern nur zu einer Verlagerung der Abhängigkeit. So erzwingt die sogenannte Energiewende sowie die „Verkehrswende“ und die „Wärmewende“, insbesondere der damit verbundene notwendige Netzausbau, den für Elektronikkomponenten und Akkumulatoren vielfach höheren Verbrauch an Seltenen Erden und rar vorkommenden Metallen, welche größtenteils aus China oder gar bald aus der weltgrößten Lagerstätte in Russland selbst stammen⁴. Auch bei solchen Materialien müssen die Bezugsquellen auf den Prüfstand, ein verstärktes Engagement Deutschlands bei der Gewinnung dieser Rohstoffe angegangen und eine stärkere inländische Förderung und Bevorratung erwogen werden.

Die verstärkte Nutzung heimischer Energierohstoffe steht jetzt im Vordergrund, die uneingeschränkte und unbegrenzte Förderung und Verstromung der Braunkohle muss wieder gewährleistet werden. Die destruktive Politik des sogenannten Kohleausstiegs muss rückgängig gemacht werden.

³ www.welt.de/wirtschaft/article245818762/Robert-Habeck-Bevor-die-Leute-dort-frieren-muessten-wir-unsere-Industrie-drosseln.html

⁴ www.bgr.bund.de/DE/Gemeinsames/Oeffentlichkeitsarbeit/Pressemitteilungen/BGR/bgr-140116_seltene-erden_sibirien.html

Brennstoffe für Kernreaktoren stammen eher aus Ländern wie Kanada, Kasachstan, Australien und den USA, Kernbrennstoff lässt sich zudem aufgrund seiner sehr hohen Energiedichte leicht für Jahre bevorraten. Langfristig können unter Verwendung von Schnellspaltreaktoren selbst heimische Vorkommen, insbesondere Thorium, genutzt werden. Diese Reaktortypen sind zudem durch ihre prinzipiell höhere mögliche Betriebstemperatur (ab ca. 700 °C⁵) in der Lage, synthetische Kraft- und Betriebsstoffe, wie etwa Ammoniak (Chemieindustrie, Düngerherstellung, Kraftstoff) oder Wasserstoff (Ersatz für Kohlenstoff als Reduktionsmittel etwa in der Zement- oder Metallverarbeitungsindustrie), bereitzustellen.

Kurzfristig müssen möglichst viele noch betreibbare Kernkraftwerke wieder in Betrieb gehen. Etwaige notwendige Sicherheitsvorkehrungen könnten direkt durch den Stromvertrieb finanziert werden. Da die Kernkraftwerke in Deutschland in der Vergangenheit ihre Sicherheit auf stets gleichbleibend hohem Stand nachgewiesen haben, dürften diese Maßnahmen einen sehr begrenzten Umfang haben. Zudem dürften nach Einschätzung der Antragsteller noch große Teile des Personals für diese Reaktoren zur Verfügung stehen, bei Garantien für hinreichend lange Laufzeiten sollte auch die Anwerbung weiteren Personals möglich sein.

⁵ https://samosafer.eu/wp-content/uploads/2022/06/Santora_Parametric-Study-of-Molten-Chloride-Salt-Reactor.pdf

